



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

(Die Genehmigung des Protokolls durch den Stadtrat steht noch aus)

Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aus Griechenland
-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2020-

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	13.02.2020	Entscheidung

Antrag:

Die Situation der geflüchteten Menschen, die den Winter über in den hoffnungslos überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln leben, ist uns allen bekannt. Besonders schlimm ist die Lage der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die zum Teil noch im Kindesalter sind und besonders schutzwürdig sind.

Wir stellen folgenden

Antrag:

1. Die Stadt Ingolstadt erklärt sich grundsätzlich bereit, unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus den Lagern auf den griechischen Inseln aufzunehmen und zu betreuen.
2. Das Sozialreferat klärt, wie viele freie Plätze die Stadt in Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung hat. Dabei soll berücksichtigt werden, wie viele der existierenden Plätze für den laufenden Betrieb der Jugendhilfe in Ingolstadt notwendig sind und vorgehalten werden müssen und deshalb nicht mit unbegleiteten Flüchtlingen aus Griechenland besetzt werden können.
3. Ebenfalls soll mit den Trägern der Wohlfahrtsverbände Kontakt aufgenommen werden, um zu klären, wie viele Minderjährige zusätzlich in den Einrichtungen der öffentlichen und privaten Träger aufgenommen werden können.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich gemeinsam mit den örtlichen Bundestagsabgeordneten für eine bundesweite Regelung zur Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten in den Kommunen und die Sicherung der Finanzierung durch die zuständigen Kostenträger einzusetzen.

Zahlreiche humane Organisationen fordern die Aufnahme von unbegleiteten geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus Griechenland. Unter anderen hat auch das Landeskomitee der Katholiken in Bayern Bundesinnenminister Seehofer aufgefordert, eine begrenzte Aufnahme vor allem von Kindern zu ermöglichen. Dazu braucht es aber die Aufnahmebereitschaft besonders von größeren

Kommunen wie Ingolstadt, die über die entsprechenden Kapazitäten in den Jugendhilfeeinrichtungen verfügen.

Der Bundesinnenminister hat signalisiert, dass er die Aufnahmebereitschaft zahlreicher Kommunen begrüßt.

Beschluss:

Stadtrat vom 13.02.2020

Mit allen Stimmen:

4. *Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich gemeinsam mit dem örtlichen Bundestagsabgeordneten und dem Bundesinnenminister für ein bundesweites Engagement zu Gunsten minderjähriger Geflüchteter einzusetzen. Zudem soll ein kommunales Engagement vor Ort geprüft werden.*

Die Ziffern 1,2 und 3 des Antrags sind damit erledigt.